Politische Rundschau.

Deutschland.

* Ein Marinebefehl Kaiser Wilhelms gedenkt des verstorbenen Königs Oskar II. von Schweden in ehrenden Worten und hebt besonders hervor, daß die deutsche Marine König Oskar 19 Jahre zu den Ihrigen gezählt hat. Es wird angeordnet, daß die Offiziere der Marine sieben Tage Trauer anlegen; auch ist am Tage der Bekanntgabe der kaiserlichen Order ein Trauersalut von 21 Schuß gefeuert worden. Der preußische Hof legt Trauer auf drei Wochen an.

* Prinz Rupprecht von Bayern ist vom Protektorat des bayrischen Landesverbandes des deutschen Flottenvereins zurückgetreten, nachdem General Keim zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt worden ist. Dieses offenbare Zerwürfnis hat in ganz Süddeutschland und weit darüber hinaus großes Aufsehen erregt.

* Einer Meldung aus Rom zufolge wird der Vatikan weder die deutschen, noch die polnischen Katholiken unterstützen, sondern in Posen nur einen der Mehrheit der dortigen Katholiken genehmen Erzbischof ernennen.

* Der dem Bundesrat zugegangene Entwurf betreffs Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes auf dem Gebiete des Ausverkaufswesens entspricht dem Vernehmen nach im großen und ganzen den Vorschlägen, die aus den beteiligten Handelskreisen in den letzten Jahren wiederholt gemacht worden sind. Die Hauptbestimmung des neuen Entwurfes ist die, daß jeder Nachschub von Waren bei Ausverkäufen untersagt ist.

* Die Weihnachtsferien des Reichstages werden vom 13. d. bis zum 8. Januar 1908 dauern.

* Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Krotoschin-Koschmin ist Rittergutsbesitzer Dr. v. Trzcinski-Gocanowko bei Kruschwitz (Pole) gewählt worden.

* Die preuß. Regierung verhandelt zurzeit mit den einzelnen Parteiführern im Abgeordnetenhause wegen der Ostmarkenvorlage. Wie verlautet, soll die zweite Lesung noch vor Weihnachten stattfinden.

* Die Kieler Handelskammer hat beschlossen, beim Reichskanzler gegen die Einführung des Branntweinmonopols vorstellig zu werden.

* Zur Bekämpfung des Kontraktbruches der ländlichen Arbeiter unterbreitet die ständige Kommission des Landes-Ökonomie-Kollegiums einen Gesetzentwurf, worin es unter Strafe gestellt wird, kontraktbrüchigen landwirtschaftlichen Arbeitnehmern einen neuen Arbeitsvertrag zu vermitteln oder sie zum Kontraktbruch zu verleiten.

Österreich-Ungarn.

* Wie aus Wien berichtet wird, sind die Verhandlungen im Abgeordnetenhause jetzt so weit vorgeschritten, daß mit einer baldigen Annahme des österreichisch-ungarischen Ausgleichs gerechnet werden kann.

Frankreich.

* Die Haager Friedenskonferenz beschäftigte sich bekanntlich auch in diesem Jahre mit dem Verbot, aus Luftballons Geschosse und Sprenggeschosse zu schleudern. Deutschland, Österreich und Frankreich sprachen sich dagegen ebenso aus wie gegen einen von englischer Seite beantragten Zusatz, das Verbot bis zum Ende der nächsten Friedenskonferenz aufrechtzuerhalten. Es kann deshalb nicht überraschen, daß Frankreich mit den Versuchen des Herabschleuderns von Sprenggeschossen aus Luftballons eifrig fortfährt. Man ist jetzt damit beschäftigt, die schwierige Aufgabe zu lösen, den Lenkballon auf ein Kommando zum Stillstand zu bringen, damit ein genaues und zielsicheres Abwerfen des Geschosses ermöglicht werde.

* Die geeinigten Sozialisten der Kammer haben beschlossen, an die sozialdemokratischen Deputierten der zweiten Duma, die unter Anklage gestellt worden sind, eine Kundgebung zu richten, in der sie der engsten Zusammengehörigkeit der französischen Sozialisten mit den russischen Ausdruck geben. „Trotz der Duma und trotz der Unverletzbarkeit der Volksvertreter," heißt es in dem langen Schriftstücke, „sind unsre russischen Kameraden in Anklagezustand versetzt worden durch die Kamarilla, die im Namen des Zaren und mit dem Zaren herrscht."

England.

* Der Marinevoranschlag wird eine Herabsetzung des Bauprogramms für Schlachtschiffe auf nur eins oder zwei aufweisen.

* Wie aus London gemeldet wird, führte Minister Burns in einer dort gehaltenen Rede aus, die Beziehungen Englands zu dem großen, mächtigen und aufgeklärten deutschen Volke seien so fest, daß die unvernünftigen Unkenstifter, die ihr Äußerstes getan hätten, um zwischen den beiden großen Nationen Zwietracht zu säen, völlig mundtot gemacht seien durch den großartigen Empfang, den das Oberhaupt des Deutschen Reiches seitens der Bevölkerung Londons gefunden habe. Diese weise die in englischen Blättern kürzlich erschienenen gehässigen Angriffe weit von sich.

Schweiz.

* Der Ständerat hat durch Einstellung eines bezüglichen Postens in das Bundesbahnbudget für 1908 grundsätzlich den Ausbau des zweiten Simplontunnels beschlossen.

* Der Nationalrat hat in der Schlußabstimmung das neue schweizerische Zivilgesetzbuch einstimmig angenommen.

Holland.

* Unter der Arbeiterschaft Amsterdams, die noch immer unter den Folgen des letzten Streiks zu leiden hat, gärt es bedenklich. In einer Versammlung, die von vielen Tausenden Arbeitsloser besucht war, wurde gegen die Veranstaltung von Feierlichkeiten aus Anlaß des Besuches Kaiser Wilhelms Einspruch erhoben. Die Beschlußfassung sieht solche Feierlichkeiten als eine Herausforderung der Arbeitslosen an, für die die Behörden die volle Verantwortung tragen müßten.

Schweden.

* Die Beisetzung des am 8. d. verstorbenen Königs Oskar II. findet den neuesten Bestimmungen zufolge im Laufe der nächsten Woche statt.

Rußland.

* Der Prozeß gegen den General Stössel wegen Übergabe der Festung Port Arthur, der jetzt in Petersburg begonnen hat und zu dem 123 Zeugen erschienen sind, wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Nach der Anklageschrift sind Stössel und drei seiner Generale angeklagt, durch unwürdiges Benehmen eine entehrende und erniedrigende Kapitulation herbeigeführt zu haben.

Amerika.

* Amerikanische Zeitungen stellen fest, daß Roosevelt, der jetzt erklärt, nicht wieder für die Präsidentenwahl kandidieren zu wollen, noch vor einem halben Jahre erklärt habe, er werde, um seiner Politik zum Siege zu verhelfen, nochmals den Präsidentenstuhl besteigen, wenn es die Mehrheit fordert. Welches ist nun eigentlich Roosevelts Absicht?

Afrika.

* Wie General Drude, der französische Heerführer in Marokko, freimütig eingesteht, ist es ganz ausgeschlossen, den Beni Snassen, diesen jetzt gefährlichsten Gegnern, eine entscheidende Niederlage beizubringen; denn die gebirgige Landschaft verhindert alle erfolgreichen Maßnahmen. Es sind deshalb Unterhandlungen angeknüpft worden, die in einigen Tagen zu Ende geführt werden sollen. Man hofft, daß die Beni Snassen einverstanden sein werden, sich auf gewisse Gebiete zu beschränken und keinen Einfall in Algerien mehr zu machen. Sehr ermutigend für Frankreichs Pläne ist das gerade nicht.

* Nachdem die Zulus sich gerüstet haben, gegen die weiße Macht sich mit bewaffneter Hand zu erheben, hat die Regierung von Natal ernste Maßregeln ergriffen, um schleunigst Herr der Bewegung zu werden. Sie hat zunächst den Kriegszustand in den betroffenen Gebieten verkündet und einen Häuptling verhaftet, der verdächtig ist, den Putsch angestiftet zu haben. Man glaubt, daß sich die Bewegung nicht weiter ausdehnen wird.

* Wie im nördlichen Natal, so regt es sich auch in andern Teilen des südafrikanischen Kolonialreiches. Wie aus Bloemfontain gemeldet wird, empörten sich 500 Minenarbeiter, wurden aber, nachdem sie einige Verwüstungen angerichtet hatten, von der Polizei überwältigt und gefangen genommen.

Asien.

* Der Regierung in China ist es entgegen ihrer den Mächten gegebenen Zusicherung nicht gelungen, der Bewegung in der Provinz Kwangsi Herr zu werden. Die Aufständischen haben vielmehr eine Abteilung der Regierungstruppen geschlagen und sich mehrerer Plätze bemächtigt. Infolgedessen ist jetzt in der Provinz Kwangsi das Kriegsrecht erklärt worden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Dienstag die erste Beratung des Vereinsgesetzes fort. Abg. Grégoire (Lothr.) bezeichnete den § 7, der für öffentliche Versammlungen das Deutsche als Verhandlungssprache vorschreibt, als ein Ausnahmegesetz gegen Elsaß-Lothringen. Abg. Müller-Meiningen (frs. Vp.) polemisierte zunächst gegen das Zentrum und hielt dem Abg. Trimborn vor, daß dessen Partei noch 1902 von einer Beteiligung der Frauen an Vereinen und Versammlungen nichts wissen wollte, während es jetzt seine Stellung geändert habe. Das Kreuz der ganzen Vorlage sei der § 7, der einer völligen Umarbeitung bedürfe, wenn er sowohl den Interessen des Staates wie auch denjenigen der hier in Frage kommenden Landesteile gerecht werden solle. Abg. Fürst Radziwill (Pole) bestritt, daß die Polen Absonderungsgelüste hätten. Fürst Bismarck habe auf die Fortsetzung des Kulturkampfes verzichtet, als er ihn als schädlich erkannt habe; auch die jetzige Regierung werde sich nichts vergeben, wenn sie die Antipolenpolitik in Preußen aufgebe, die uns im Auslande in Mißkredit bringe. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg betonte nochmals, daß Deutschland kein Nationalitätenstaat sei, die Regierung müsse aus dem Verhalten der polnischen Agitatoren ihre Konsequenzen ziehen. Nationalitäten, die an keine Losreißung von Deutschland denken, hätten nichts von der Sprachbestimmung zu fürchten. Abg. Kolbe (freikons.) bezeichnete den § 7 als notwendig zur Bekämpfung der großpolnischen Agitation. Abg. Pachnicke (frs. Vgg.) führte aus, daß der Entwurf für Mecklenburg eine wertvolle Errungenschaft sei und für die Frauenbewegung einen Marksteine bedeute. Entschieden wandte Redner sich gegen die preußische Polenpolitik. Zum Schluß sprachen noch der Abg. Roth (wirtsch. Vgg.), der sich freundlich zu dem Entwurf stellte und der Däne Hansen, der sich gegen § 7 wandte. Dann wurde die Beratung vertagt.

Am 11. d. wird nach Erledigung einiger Rechnungssachen das Handelsprovisorium mit England debattelos in dritter Lesung angenommen und der Nachtragsetat mit der Forderung von 400 000 Mark für den Grafen Zeppelin zur Förderung von Versuchen auf dem Gebiete der Motorluftschiffahrt der Budgetkommission überwiesen.

Darauf wird die erste Beratung des Vereinsgesetzes fortgesetzt.

Abg. Bindewald (d. Resp.) bekämpft u. a. die Zulassung von Frauen zu öffentlichen Versammlungen, die Zulassung von jugendlichen Personen ohne Festsetzung einer Altersgrenze, die Bestimmung über die Anmeldefrist und besonders den Sprachenparagraphen. Die Vorlage enthalte nur kleine Verbesserungen, und wenn sie in der Kommission nicht umgeändert werde, könne sie keine Annahme finden.

Abg. Wetterlé (Els.): Wenn ich auch anerkenne, daß das Reichsvereinsgesetz gewisse Fortschritte enthält, so sind doch auch erhebliche Nachteile, namentlich dem elsaß-lothringischen Gesetz gegenüber, in ihm enthalten. Die unumschränkte Zulassung von Jugendlichen zu politischen Versammlungen begrüße ich, jedoch sollten Wahlversammlungen nur für Wähler offen sein, jedes andre Element wirkt da störend. Daß der § 7 für uns unannehmbar ist, ist selbstverständlich. Wozu dieser Rückschritt? Die Polen wollte man treffen, und die Dänen, Masuren, Wenden, Wallonen und Elsaß-Lothringer trifft man. Ganz unerhört ist es, wenn man einzelne Reichsangehörige ihrer Muttersprache wegen vom politischen Leben ausschließen will. Wir wollen keine wohlwollende Interpretation, wir wollen ein gesetzliches Recht. Wir Elsässer haben auch vor 1870 teilweise Deutsch gesprochen, und dabei waren wir doch gute Nationalfranzosen. Die Sprache war deutsch, das Herz aber französisch. Heute noch gibt es 110 französische Generale, die aus dem Elsaß stammen. Das Nationalgefühl wird nicht durch solche Gesetze gestählt.

Abg. Schickert (kons.) tritt für die Elsasser ein, sie seien stolz darauf, Deutsche zu sein und daß deutsche Regimenter als italienische bezeichnet worden. Auch ein Nationaldenkmal, die „Schandsäule", stehe auf italienischem Boden, an ihrer Loyalität sei nicht zu zweifeln.

Abg. Spahn (Zentr.): Der Abg. Müller-Meiningen hat gestern Angriffe gegen uns gerichtet, die ich zurückweisen muß. Dem Staat steht eine Oberaufsicht über die Kirche nicht zu, denn Staat und Kirche sind nebengeordnete Mächte. Unser Fraktionsredner hat auch keineswegs eine Kulturkampfrede gehalten, sondern er hat nur notgedrungen auf die Folgen hingewiesen, die das Gesetz auf die kirchlichen Vereine und Organisationen haben würde. In der Frauenfrage haben wir keine Schwenkung gemacht, dagegen war früher auch der Abg. Müller-Meiningen ein Gegner des Frauenwahlrechts. Redner geht auf die Reden der Abgg. Müller-Meiningen und Pachnicke ein und weist deren Angriffe gegen das Zentrum zurück, bleibt jedoch im einzelnen vollkommen unverständlich. Den Syllabus hat Pachnicke sicher nicht gelesen, sonst hätte er nicht sagen können, daß der Abg. Trimborn ein Opfer des Syllabus werden könnte. Denn die Verhältnisse im Reichstage berührt der Syllabus ganz und gar nicht, sondern ganz andre Fragen; er hat überhaupt nicht die Verhältnisse der romanischen Länder im Auge. Entschieden weisen wir die Behauptung zurück, daß wir der Sozialdemokratie Heeresfolge leisten, sondern kämpfen gegen unsern alten Parteigrundsatz für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Abg. Eberling (nat.-lib.): Herr Spahn sieht eben zum Rückzug! Wenn Herr Spahn das Kongregations- oder Ordenswesen in dieses Gesetz hineingeheimnissen will durch Anträge in der Kommission, so werden wir dadurch einen Kulturkampf mit umgekehrten Fronten haben. Ich habe aber den Eindruck, daß man den Reichstag nicht zum Kirchenkonzil machen soll. Daß die Prozessionen anders behandelt werden als sonstige festliche Umzüge, ist selbstverständlich, stellen sie doch eine Verkehrsstörung von nicht unwesentlichem Umfang dar, die leicht zur Störung des konfessionellen Friedens führen kann. Man sollte es vermeiden, erhebliche Teile des Toleranzantrages in das Vereinsgesetz hineinzubringen. Wir sollen uns alle als Bürger eines Reiches fühlen, die Empfindungen andrer würdigen und achten und das kirchliche Interesse dem Interesse des Reiches unterordnen.

Abg. Legien (soz.): Eine Verkehrsstörung kann ich in den Prozessionen usw. nicht erblicken, ihre Bekämpfung liegt nur in der Intoleranz begründet. In das Gesetz sollte die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter einbezogen werden. Auch die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hätte in diesem Gesetz mit wenigen Worten erledigt werden können. Unter dem § 7 würde die großpolnische Agitation genau so wachsen, wie unter der ganzen preußischen Polenpolitik. Wer die Rechte der Arbeiter und Gewerkschaften fördern will, muß den § 7 unbedingt ablehnen. Sehr die Frage ist, ob das Präventivverbot von Versammlungen durch die Vorlage wirklich beseitigt werde. Die allgemeinen Befugnisse der Polizei könnten auch später solche Verbote ermöglichen. Es kann also auch eine Versammlung wegen Berüchtigung sämtlicher Einrichtungen aufgelöst werden. Da nun in Hamburg Bordelle staatliche Einrichtungen sind, kann eine Versammlung in Hamburg aufgelöst werden, wenn jemand die Bordelle verächtlich macht. Und nun soll die Auflösungsbefugnis der Polizei noch verstärkt werden. Schon allein aus diesem Grunde ist es meiner Partei unmöglich, für das Gesetz zu stimmen.

Abg. v. Chrzanowski (Pole): Der § 7 macht uns Polen das ganze Versammlungsrecht illusorisch. Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit und Gegässigkeit gegen die ganze polnische Nationalität, ihr das Recht auf die Muttersprache nehmen zu wollen. Redner wendet sich sodann gegen den Vorwurf der deutschfeindlichen Agitation, die dem polnischen Volke vorgeworfen sei.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte mit den Stimmen des Blocks angenommen und die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Die Petitionen werden dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Irrungen.

35] Roman von Gräfin Baudissin.

(Fortsetzung.)

„Nun, Sie sollen jetzt alles erfahren und brauchen auch meinetwegen nicht damit hinter'm Berge zu halten, gute Frau Justizrätin!" versetzte die Herrin des Hauses, deren heutige Gastfreundschaft gerade dem Wunsche galt, von der eben erteilten Erlaubnis reichlichen Gebrauch gemacht zu sehen.

Frau Maier berichtete:

„Plötzlich ging's wie ein Lauffeuer durch die Stadt: Geheimrats Sibylle ist angekommen, und gestern wollt' ich schon 'mal vorgucken, aber da kam Ihre freundliche Einladung auf heute, und so sparte ich's mir auf!"

„Ja, sehen Sie, es ist nichts, was das Tageslicht zu scheuen hätte," entgegnete die Geheimrätin würdevoll, worauf ihr Gast mit einem Ton voll Verehrung und Respekt einfiel:

„Allereinzigste, beste Frau Geheimrätin, wer würde in Tresdorf und weiter in der Runde an so etwas denken! Sie und der Herr Geheim—"

„Ja, ja," fiel die, sich im Vollgefühl ihrer Stellung sonnende Hausfrau ein. „Gott sei Dank! Aber freilich, die Zeiten sind danach, daß man sich über nichts mehr wundern muß. Bedenken Sie nur einmal, was wir erlebt haben!" und die Geheimrätin schüttelte den grauen Kopf, daß die schönen Schleifen an ihrer Haube lange nicht wieder zur Ruhe kamen.

Frau Maier wagte kaum zu atmen, die schönsten Hoffnungen auf pikante Neuigkeiten durchwogten ihre Brust. Leider griff die Wirtin aber erst auf schon Bekanntes zurück, indem sie fortfuhr:

„Erst geht das Kind, an dem wir zwanzig Jahre Vater- und Mutterstelle vertreten, heimlich auf und davon — dann kommt die schreckliche Geschichte auf Oggershausen! Sehen Sie, das beides zusammen ist zu viel für meinen Mann gewesen — er konnte nicht darüber wegkommen. Meine Güte, ich erinnere mich des Mittags, als wäre es gestern gewesen. Ich hielt den Suppenlöffel in der Hand und sage: „Walleben, warum hast du mir nicht erzählt, was du doch am allerehesten gewußt? Die Leute müssen sich ja wundern, wenn mein eigener Mann mir verheimlicht —" Da ruft er im ärgerlichen Tone dazwischen: „Wovon sprichst du denn?" Ich sage: „Nun, von wem denn anders, als von dem Testamentsdiebstahl, den der saubere Schlingel —" „Das verwünschte Klatschen!" fällt er mir ins Wort und schlägt auf den Tisch, daß es krachte. — Da wußte ich, daß er krank war, nie in seinem Leben hatte er sich so benommen; na, meine Liebe, es zeigte sich ja nur zu bald, daß ich ganz recht hatte. Aber denken Sie auch nur: erst die Sibylle, dann der rasche Tod der Frau Baronin, der mußte ihn ja hart angehen — das war eine Freundschaft! Vierzig Jahre lang, stets ungetrübt! Und nun nachher den Namen, den er zeitlebens verehrt, in den Schmutz gezogen zu sehen, das fiel ihm aufs Herz und brachte ihn vollends herunter. Wenn ich nur so sagte: „Die Frau Baronin wird sich im Grabe umdrehen!" war's ihm schon zu viel und er ging zur Tür hinaus. Täglich wurde er schwächer und schwächer! — Noch ein Täßchen, liebe Frau? So, das ist recht — und nun sollen Sie auch von unsrer Sibylle hören."

„Ei," dachte die Justizrätin, „unsre" Sibylle, also wieder in voller Gunst!"

Frau Walleben begann:

„Es sind acht Tage her, da läßt mein Mann mich rufen — aus seinen Stuben im Parterre kommt er ja gar nicht mehr heraus — und sagt: „Frau, ich habe einen Besuch gehabt, der Sibyllchen nahe angeht!" und dann teilt er mir kurz und bündig mit — ja denken Sie nur, der Herr Graf von Sonneck ist regelrecht mit dem Mädel verlobt und hat uns gebeten, seine Braut wieder bei uns aufzunehmen. Die gräflichen Eltern, so meint der junge Graf, würden die Sache ganz anders ansehen, wenn Sibylle in unserm hochangesehenen Hause — so hat er gesagt — wieder eine Heimat fände. Der junge Graf hat Schwierigkeiten mit seiner Familie, aber er hat auch einen eisernen Kopf, meine Liebe, und nicht Vater oder Mutter werden ihn von dem Mädchen scheiden. Sie können sich denken, wie meines Mannes Antwort ausfiel, er hat ja immer die alte Zärtlichkeit für das Mädchen behalten. Manches Mal schlug er schon vor, sie auf Besuch einzuladen, aber sehen Sie — so bin ich nun einmal nicht. Das Kind war undankbar und ungehorsam gewesen, das konnten keine schönen Worte, oder noch so viele Briefe bei mir wieder gutmachen und ich sagte immer: „Strafe muß sein!" und „das Kind kommt mir nicht über die Schwelle!" Nun hat Gott eine neue Wendung geschickt — der Herr Graf hat uns niemals etwas zuleide getan — natürlich, mein Mann hatte ganz recht, dem konnte man die Bitte nicht abschlagen und ich lasse Sibylle auch fühlen, daß ich ihr nicht vergeben; nur um des Herrn Grafen willen, der sich wie ein Sohn zu mir stellt, habe ich sie wieder unter meinem Dache aufgenommen. Aber nun sagen Sie einmal, was ist das für eine Welt! Sibylle, das Findelkind, mit einem Grafen aus altem Hause verlobt! Und das Vagabondieren in Berlin nimmt er nicht einmal übel, Gott bewahre, nein. Wenn der Papa — so nennt er meinen Mann — sie entbehren könne, solle sie noch auf Monate in das Babylon zurück, um ihr herrliches Talent weiter auszubilden. Ja, so spricht er. Nun, mein Mann läßt sie ja gar nicht von sich, bis sie Hochzeit macht, und das muß warten, wenn die gräflichen Eltern nicht heißen wollen, bis der Graf Hauptmann wird."

„Ach, liebe Frau Geheimrätin," rief ihre Freundin endlich, nachdem sie ihr Erstaunen schon lange pantomimisch angedeutet, „als ob ich nicht wüßte, wie's kommen wird! Sie werden die Sibylle so ausfteuern —"

„Wo denken Sie hin — in dem vornehmen Stande ist viel nötig! Wir haben leibliche Neffen und Nichten. Der Herr Graf ist ein lieber Mann, das ist wahr, aber gerecht muß man sein."

„Nun, Sibyllchen kann auch warten. Das das Mädchen ein Glück gehabt! Beste, einzige Frau Geheimrätin, sagen Sie mir nun noch, hat Sibylle vielleicht von Fräulein Olga